



Montag, den 6. Oktober 1930.

Abg. Rummelhardt meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung.

Präsident Dr. Lanneberg: Eine tatsächliche Berichtigung gegenüber Erklärungen des Präsidenten gibt es nicht. Wenn die christlichsozialen Redner irgendeine Bemänglung vorzubringen haben, werden sie im Laufe der Debatte über die dringlichen Anfragen hierzu geäußert haben.

Die Abgeordneten Nachtnebel, Leopoldine Glöckel, Thaller und Genossen haben folgende dringliche Anfrage an den Landeshauptmann gerichtet:

"Der Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz hat am Samstag in der Arbeiter-Zeitung in dem Artikel: Die Regierung Vaugoin im Spiegel des Auslandes folgende Stelle konfiszieren lassen:

'Mit kaum verhohlener Ironie und unverhohlenem Misstrauen betrachtet das Ausland, das kapitalistische Ausland, den glänzenden Beginn der Straffella-Regierung. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung die Meinung des Auslandes gerade in wirtschaftlicher Hinsicht für Oesterreich hat, so kann man ermessen, welchen Schaden die politische Tätigkeit der Vaugoin, Seipel und Starhemberg uns täglich und stündlich bringt.

Freilich, was verschlägt es dem christlichsozial-heimwehlerischen Spiessbürgertum, wenn der christlichsoziale Protektions- und Korruptionssumpf Abscheu bei der ganzen gesitteten Welt erweckt!'

Der Staatsanwalt lässt behaupten, in dieser Stelle werde das Vergehen nach § 300 St.G. begangen: dass dadurch zum Hass und zur Verachtung gegen einzelne Organe der Regierung in Beziehung auf ihre Amtsführung aufgereizt wird: obwohl von einer Amtsführung der Regierung mit keinem Worte die Rede ist und die Bemerkung, dass die Regierung "Schaden" zufüge, natürlich weder eine Schmähung noch Verspottung ist, durchaus im Bereiche berechtigter politischer Kritik bleibt. Deshalb ist Sinn und Zweck dieser unerhörten Beschlagnahme nicht zu verkennen: Der Staatsanwalt hat einfach den Befehl erhalten, die Arbeiter-Zeitung zu drangsalieren, die von der Verfassung gewährleistete Freiheit der Meinungsäußerung zu unterbinden, und er scheut die erbärmlichsten Gesetzesverletzungen nicht, um dem schändlichen Diktat der Antimarxisten zu entsprechen.

Dabei muss aber auf die strafprozessualen Gesetzverletzungen hingewiesen werden, die da verübt wurden, um diese Beschlagnahme zu vollenden. Das Pressgesetz der Republik hat die frühere Konfiskationsbefugnis der Staatsanwaltschaft beseitigt: das 27. Hauptstück der Strafprozessordnung, das von dem Strafverfahren in Presssachen handelt, ist restlos aufgehoben worden. Was nun das Gesetz dem Staatsanwalt verbietet, macht er auf Umwegen - wobei allerdings die schmäglichste Vergewaltigung der gesetzlichen Bestimmungen nicht gescheut wird. Der § 98 der St.P.O. ermächtigt den Untersuchungsrichter, wenn die Untersuchung eingeleitet ist, "Gegenstände, an oder mit welchen die strafbare Tat verübt wurde, oder welche der Täter am Orte der Tat zurückgelassen haben dürfte, überhaupt Gegenstände, welche von dem Beschuldigten oder von Zeugen anzuerkennen sind oder in anderer Weise zur Herstellung des Beweises dienen können, soweit es möglich ist, in gerichtliche Verwahrung zu nehmen." Dass unter diesen Gegenständen niemals an eine ganze Auflage einer Zeitung gedacht worden ist, geht mit absoluter Klarheit aus der Verfügung hervor, die das Gesetz für diese "Gegenstände" anordnet. Sie sind, ordnet das Gesetz an, "entweder in einen mit dem Gerichtssiegel zu verschliessenden Umschlag zu legen,

oder es ist an ihnen eine gegen Unterschlebung oder Verwechslung schützende gerichtliche Bezeichnung anzubringen." Und das soll die Verfügung sein, die das Gesetz für viele Zehntausende Exemplare einer Zeitung vorsehen würde! Mit diesem Paragraphen übt der Staatsanwalt - immer der Herr Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz - nun folgenden Missbrauch, der offenkundig ein Missbrauch seiner Amtsgewalt ist: er füllt ein Blankett aus, das als vom Untersuchungsrichter herrührend bezeichnet wird, das ihm also der Untersuchungsrichter schon vorher zur Verfügung stellt. In diesem Blankett ordnet scheinbar der Untersuchungsrichter, in Wahrheit aber in der Maske des Untersuchungsrichters der Staatsanwalt, die Beschlagnahme an, schickt dann, wie es sich am Samstag tatsächlich abgespielt hat, um 5 Uhr morgens einen Beamten mit dem ausgefüllten Blankett zu einem Untersuchungsrichter, der in der Nähe des Landesgerichtes wohnt - in diesem Falle schickte er zu dem Herrn Dr. Felix Ruff, einem Landesgerichtsrat, der in der Albertgasse 17 wohnt - lässt den Untersuchungsrichter aus dem Schlafe wecken und dieser gibt, vielleicht noch schlaftrunken, aber jedenfalls ohne die zu konfiszierende Stelle zu lesen, ohne überhaupt irgendwie nachzudenken, auf das Blankett einfach seine Unterschrift, prägt darauf die Stempel des Landesgerichtes, die er zu diesem edlen Zweck in seine Privatwohnung nimmt: und damit ist - in der Nacht! - die "Voruntersuchung eingeleitet" und in derem Zuge hat der aus dem Schlafe geweckte Untersuchungsrichter die Ueberzeugung gewonnen, dass - welcher Hohn! - "zur Herstellung des Beweises" die Verwahrung von ungezählten Tausenden Exemplaren der Arbeiter-Zeitung notwendig sei. Wohl noch nie ist eine strafprozessuale Bestimmung so niederträchtig entstellt und missbraucht worden wie hier! Denn die gesetzliche Bestimmung hat, wie schon aus ihrem Wortlaut sonnenklar hervorgeht, nur die Verwahrung von "Gegenständen" im Auge, mit welchen das Verbrechen verübt worden ist; nie hat man dabei an Zeitungen gedacht! Und dazu noch der Schwindel mit diesen "Nachtuntersuchungsrichtern", die im Schlafe Voruntersuchungen einleiten! Nur mit der grössten Betrübniß kann man es verzeichnen, dass sich zu dieser Affenkomödie eines Staatsanwaltes Richter hergeben und dem Staatsanwalt für seine bewusste Gesetzwidrigkeit die Deckung verschaffen! Diese Beschlagnahme der Arbeiter-Zeitung ist also die infamste Gesetzwidrigkeit, die überhaupt denkbar ist, und mit ihr wird der letzte Schein des Rechtsstaates vertilgt.

Und dieses ist nun die politische Situation: In der gegenwärtigen Regierung sitzen nicht wenige Minister, die den Mund nicht aufmachen können, ohne auf die Sozialdemokratie gröblichen Unflat zu schleudern, diese selben Minister wollen aber, und zwar in einem Wahlkampf, jedes Wort unterdrücken, das sich gegen sie richtet, das sie kritisiert! Der Herr Innenminister beschimpft die Zeitungen, die ihm nicht hofieren wollen, in einer Weise, die die Empörung jedes Kulturmenschen erregen muss: und den Zeitungen soll es verwehrt sein, ihm zu antworten! Der Herr Bundeskanzler versichert dem Ausland, dass seine Regierung den Geboten der Demokratie ergeben sei und schämt sich nicht, die Freiheit der Meinungsäusserung, die er selbst in so reichem Masse in Anspruch nimmt, den gegnerischen Zeitungen mit gewalttätigen und ungesetzlichen Mitteln unterbinden zu lassen!

Diese planmässige Erwürgung der Pressfreiheit ist aber einleuchtenderweise auch eine grosse Gefahr für Oesterreich, soweit dieses auf das Urteil des Auslandes angewiesen ist. Mit diesen schändlichen Konfiskationen wird im Auslande geradezu naturnotwendig der Eindruck erzeugt, dass in Oesterreich dunkle Pläne am Werke sind, dass hier die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besorgniserregender Weise gefährdet ist. Es ist klar, dass dieser Eindruck dadurch unmittelbar hervorgerufen wird, wenn mit den Zeitungen so, ja noch ärger, verfahren wird, als es während des Krieges der Fall war. Wenn die Regierung Vaugoin nichts im Schilde führte, was sich gegen die Freiheit der Bürger, gegen die Unantastbarkeit der Verfassung, gegen die Sicherheit der friedlichen Entwicklung wendet: warum unterbindet sie das freie Wort, warum konfiszirt sie ununterbrochen? So und nicht anders denkt und sagt sich das Ausland - und zieht daraus seine Schlüsse, den Schluss, dass die Regierung Vaugoin-Starhemberg mit Putschen schwanger geht und dass der schleichende und offene Faschismus im Begriffe ist, die legalen Wege zu verlassen und mit Gewalt die Verfassung der Republik in die Luft zu sprengen.

Deshalb wird der Landeshauptmann von Wien angerufen, um ihm Gelegenheit zu geben, gegen diesen schändlichen und gefährlichen Unfug seine Stimme zu erheben. Wir fragen Sie also, Herr Landeshauptmann, ob Sie bereit sind, über diese Konfiskationsschande Ihr Urteil abzugeben und dieses Urteil den verantwortlichen Personen in diesem Staate als "Warnung vor gefährlichem Tun zur Kenntnis zu bringen."

Von den Genannten wurde eine zweite dringliche Anfrage an den Landeshauptmann eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

"Im Nachtrage zu der Anfrage über die Konfiskation der Arbeiter-Zeitung bringen wir Ihnen, Herr Landeshauptmann, noch folgende in den letzten Tagen von dem Herrn Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz verübten Konfiskationen zur Kenntnis:

1. Er hat im "Abend" vom 3. Oktober folgende Stelle konfisziert:

'Dass sie dies nicht tun, das die Regierung Vaugoin, vor allem Herr Vaugoin und Herr Seipel, zu der Putschdrohung des Herrn Starhemberg schweigen, zeigt, dass sie mit ihm eines Sinnes sind.

Geben wir uns keiner Täuschung hin! Nichts wäre heute gefährlicher, als sich selbst belügen wollen.

Wir haben bereits den Faschismus. Das Kabinett Vaugoin-Seipel-Starhemberg ist ja nichts anderes als der zur Macht gelangte Faschismus!

Es ist überhaupt unerfindlich, was für eine strafbare Handlung in dieser Stelle enthalten sein soll, denn es wäre wohl eine lächerliche Entstellung, in der Behauptung, dass die Herren Seipel und Vaugoin mit dem Herrn Starhemberg "eines Sinnes sind", eine Aufreizung zum Hass und zur Verachtung wider die Herren Seipel und Vaugoin zu erblicken: die doch, da sie mit dem Herrn Starhemberg in einer Regierung sitzen, deutlich bekundet haben, mit ihm wirklich eines Sinnes zu sein. Und nicht minder lächerlich, in der Feststellung, dass die Regierung Seipel-Vaugoin-Starhemberg "der zur Macht gelangte Faschismus ist" eine Schmäherung zu sehen: da sich doch der Herr Starhemberg rühmt, ein Faschist zu sein.

2. In der "Wiener Allgemeinen Zeitung" vom 3. Oktober stand folgender Artikel:

' Diktaturpläne der Heimwehren.

Eine sensationelle Meldung der "Frankfurter Zeitung".

Das Spiel mit dem Bruch der Verfassung.

Die "Frankfurter Zeitung", eines der ältesten und grössten demokratisch-bürgerlichen Organe Deutschlands, bringt in ihrer gestrigen dreigeteilten Ausgabe einen Bericht ihres Wiener Korrespondenten, dem wir auch die Verantwortung für den Inhalt seiner sensationellen Mitteilungen überlassen müssen.

Nach diesen Informationen haben die Heimwehrführer, ehe sie in das Kabinett eintraten, die Forderung erhoben, im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges solle das Wahlergebnis nicht legalisiert, sondern unter Bruch der Verfassung ein Direktorium mit besonderen Vollmachten zur weiteren Führung der Regierungsgeschäfte eingesetzt werden. Bundespräsident Miklas habe diese Forderung abgelehnt, dafür jedoch die Durchdringung des Bundesheeres und der Verwaltung mit ihren Parteigängern zugesichert.

Wir verweisen in diesem Zusammenhange darauf, dass der grossdeutsche Nationalrat Dr. Otto Wagner vor wenigen Tagen in einer Versammlung eine ganz ähnliche Version vorbrachte. Dr. Wagner erklärte damals, ein christlichsozialer Landesrat habe darauf verwiesen, wenn es mit dem Parlament nicht gehe, dann werde eben zwei Jahre lang mit einem Direktorium regiert werden. Es scheint also doch wohl hinter diesen Aeusserungen ein ernster Sachverhalt verborgen zu sein.

Was den zweiten Teil der Meldung, die Version von der Durchdringung des Bundesheeres mit Heimwehrparteigängern betrifft, wäre darauf zu verweisen, dass der zurückgetretene Bundeskanzler Dr. Schöber gemeinsam mit dem gewesenen Innenminister Ingenieur Schumy in dem Augenblicke an die Ausweisung des Majors Pabst schritt, als dieser sich anschickte, seine Propaganda in die Reihen der Sicherheitswache, der Gendamerie und des Bundesheeres zu tragen. Nunmehr wurde Rüdiger Starhemberg das Ministerium des Innern überlassen. Starhomb-

berg ist heute derjenige, dem Sicherheitswache und Gendamerie unmittelbar unterstehen. Auch unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die vorstehende Meldung der "Frankfurter Zeitung" ein eigenartiges Relief. Nachstehend ihr Wortlaut:

"Wie ich erfahre, hatten die Heimwehrführer zuerst die Forderung aufgestellt, dass im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges ein Direktorium mit besonderen Vollmachten unter Bruch der Verfassung eingesetzt werde. Der Bundespräsident hat diese Forderung abgelehnt, dafür aber den Heimwehren die Zusicherung gegeben, dass eine grössere Anzahl von Heimwehrmitgliedern in das Bundesheer und in die Verwaltung übernommen werden soll. Die Heimwehren erhielten ferner das wichtige Innenministerium, weiters wurde vereinbart, dass die Nationalsozialisten (Hitler-Richtung) den Wahlkampf mit aller Kraft aufnehmen sollen. Diese Aktion richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, da man erkannt hat, dass ihnen die christlichsoziale Wahlpropaganda gegenwärtig nichts anzuhaben vermag.

Es ist zu erwarten, dass ein starker Stab von nationalsozialistischen Propagandarednern aus Deutschland nach Oesterreich dirigiert und dass damit der Wahlkampf bisher hier nicht bekannte

Formen annehmen wird.

In ihrer Wirkung kann das Auftreten der Nationalsozialisten vielleicht in viel stärkerer Masse die Christlichsozialen selbst und die anderen bürgerlichen Parteien treffen, als die Sozialdemokraten."

Ein gefährliches Experiment.

Soweit die Meldung der "Frankfurter Zeitung". Die nachstehende Stelle aus dem Leitartikel der "Prager Presse" von heute, die bekanntlich der tschechoslowakischen Regierung nahesteht, weist auf eine ganz ähnliche Auffassung der Situation in Oesterreich hin. Auch dort ist davon die Rede, dass die Heimwehren schwer dazu zu haben sein werden, auch im Falle einer Wahlniederlage die ihnen von Dr. Seipel überlieferten Machtpositionen aus der Hand zu geben.

"Eine andere Frage ist, wie die Heimwehr es aufnehmen wird, wenn der Wahlausgang den gehegten Erwartungen nicht entsprechen sollte. Wird sie der Macht, die ihr so mühelos in die Hand gefallen ist, dann so leicht entsagen? Wird ein günstiger Wahlausgang sie nicht ermuntern, an die Verwirklichung noch weitergehenderer Pläne zu schreiten? Das sind Fragen, die stark beunruhigen müssen, und die erkennen lassen, dass die Verbindung der Christlichsozialen mit der Heimwehr nicht nur ein geschickter wahltaktischer Zug, sondern auch ein gefährliches Experiment ist, das unter Umständen auch für die Christlichsozialen als Partei verderblich werden

kann."

In diesem Artikel hat der Staatsanwalt den ersten und dritten Titel, den zweiten und dritten Absatz der Einleitung, den ersten Absatz der Meldung der "Frankfurter Zeitung" selbst und schliesslich die Wiedergabe der Fragen der "Prager Presse" mit Beschlag belegt. Der Staatsanwalt entblödet sich also nicht, Meldungen eines so ernstesten und bedeutendsten Blattes zu unterdrücken, wie es die Frankfurter Zeitung ist, hat die Dreistigkeit, die Heimwehren als eine vom Gesetze geschützte Institution hinzustellen und begeht die Lächerlichkeit, dem Inland Ansichten vorzuenthalten zu wollen, die nun in der gesamten europäischen Presse geäussert worden. Am anderen Tage hat er in demselben Blatte wieder folgenden Bericht aus Holland unterdrücken lassen:

Wie die holländische Finanzwelt auf das Kabinett Vaugoin reagierte.

Es hätte nicht erst des letzten Manifestes der Heimatführung bedurft, um das Ausland auf die Vorgänge bei uns entsprechend aufmerksam zu machen. Wie man beispielsweise in Holland über den Sturz des Kabinettes Schober und die neugebildete Regierung Vaugoin denkt, illustriert folgender, uns aus absolut zuverlässiger Quelle zugewommener Sachverhalt:

Das grösste österreichische Transporthaus hatte gerade zur Zeit der Regierungskrise mit holländischen Finanzkreisen in Amsterdam wegen eines grossen Kredites verhandelt. Die Transaktion, die ein bedeutendes Kapital nach Oesterreich gebracht hätte, stand vor dem Abschlusse, als die Nachricht von dem Sturze Schobers und von der Kanzlerschaft Vaugoins in Amsterdam einlangte.

Die Verhandlungen wurden sofort abgebrochen, die Holländer erklärten, erst abwarten zu wollen, wie sich die Verhältnisse in Oesterreich weiter entwickeln würden.

Das ist nur ein Beispiel für viele. In den Kreisen der Wirtschaft fragt man sich denn auch bereits, ob sich die christlichsoziale Partei wirklich aus missverstandenen Parteiegoismus oder aus einer weltfremden Ideologie heraus, berufen fühle, die Wirtschaftsinteressen seiner ersten Bürger und Steuerträger mit Füßen zu treten.'

3. Und als ihm die "Wiener Mittags-Zeitung" über seinen Konfiskationskeller Vorstellungen machte und an den Staatsanwalt folgende Fragen richtete:

' Die Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg muss sich ausserordentlich schwach fühlen, dass sie es für notwendig erachtet, schon in der ersten Woche des Wahlkampfes Methoden anzuwenden, die einer teilweisen Suspendierung der Verfassung gleichkommen. Da die Regierung erkennen muss, dass die Begründung und die Art, wie das verdiente Kabinett Schober gestürzt wurde, bei allen demokratisch denkenden Menschen dieses Landes auf entrüstete Zurückweisung stösst, weil sie erkennen muss, dass kein Regierungskommunique und kein Befähigungsattest des neuen Bundesbahnpräsidenten den Dr. Straffella zur integren Persönlichkeit umwandeln kann, wird zu den Mitteln des Terrors, der Gewalt gegriffen.

Nun fragen wir Sie, Herr Pressestaatsanwalt: Glauben Sie tiefinnerlich wirklich, dass die Meldung der "Wiener Allgemeinen Zeitung" etwas anderes war, als ein Illustrationsbericht? Glauben Sie, dass die Meldung, die ja nur Dinge sagte, die in der österreichischen Wirtschaft zur Genüge und überaus schmerzlich bekannt sind, eine Alarmmeldung war, die dem Rotstift verfallen musste, weil sonst die österreichische Wirtschaft heute wahrscheinlich von einer "Katastrophe" getroffen worden wäre?'

konfiszierte der Staatsanwalt auch diese Fragen, obwohl sie formell und inhaltlich nur sein eigenes Treiben beleuchten.

Aus diesen Konfiskationen ergibt sich die boshafte Planmässigkeit des Feldzuges, den der Herr Pressestaatsanwalt Dr. Schwartz gegen die unabhängige Presse führt und so die Beantwortung der Frage, die in der vorangehenden Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt wird, umso dringlicher.

Die Verlesung der beiden Anträge wird wiederholt von Zwischenrufen der Christlichsozialen begleitet.

Präsident Dr. Danneberg schlägt vor, die beiden dringlichen Anfragen gemeinsam zu verhandeln. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Abg. Nachtnebel (soz. dem.) erklärt, er habe keine weitere Begründung für die Dringlichkeit der beiden Anfragen vorzubringen. Er ersuche nur, den Bürgermeister der Stadt Wien als Landeshauptmann, die beiden Anfragen in der heutigen Sitzung sofort zu beantworten.

Landeshauptmann Seitz : So berechtigt und notwendig die Anfragen sind, will ich doch nicht bestreiten, dass sie mich in eine peinliche Lage versetzen. Als Chef der Landesregierung von Wien bin ich in Hinsicht auf das Verhältnis der Regierung eines Landes und der Regierung des Bundes verpflichtet, mich einer scharfen Kritik und eines scharfen Wortes zu enthalten. Wenn ich aber gerufen werde, mein Urteil über dieses Vorgehen eines Organes der Bundesregierung, des Wiener Staatsanwaltes, zu bekunden, so würde kein Wort der deutschen Sprache scharf genug sein, um an ein solches Vorgehen heranzureichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Ich werde mich bemühen, den Gegenstand zurückhaltend und objektiv zu behandeln.

Jeder von uns, der Oesterreich liebt und unser Wien, der ihre Sorgen zu seinen Sorgen macht, sagt sich: Wir haben die Pflicht, bei jeder einzelnen Handlung, und wäre sie noch so geringfügig, immer darauf bedacht zu sein, wie sie sich wirtschaftlich ausübt, was sie als Schaden oder als Vorteil für die Wirtschaft Oesterreichs und für die Wirtschaft dieser Stadt bedeutet. Nun wird niemand bestreiten, dass unter den heutigen Verhältnissen nicht nur der Warenverkehr, sondern insbesondere auch der Geldverkehr in Europa - und je östlicher man kommt, umso mehr - durch die Besorgnisse über die Gestaltung der äusseren und inneren Politik gewisser kleiner Staaten, die sich in der östlichen Mitte und im Osten Europas nach dem Weltkriege gebildet haben, erschwert wird. Eine der Hauptquellen der Störungen unseres Wirtschaftslebens liegt ja in dem geringen Vertrauen des Kaufmannes. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sie beunruhigen doch das Ausland unentwegt! - Stürmischer Wider-

.....  
spruch bei der Mehrheit und Rufe: Drohen wir mit einem Putsch?). Nun ist nicht zu bestreiten, dass jeder weisse Fleck in einer auch nur einigermaßen namhaften Zeitung im Ausland Befürchtungen über den betreffenden Staat erweckt. Wenn man im Ausland der Überzeugung ist, dass eine solche Konfiskation aus staatspolizeilichen Gründen erfolgt ist, so ist das immer für den betreffenden Staat eine gewisse Verlegenheit und bedeutet immer bis zu einem gewissen Grade eine Schädigung seines Ansehens. Sollten sich daher solche Konfiskationen häufen, so könnten sie geradezu zu einer Gefahr werden und es wäre erste und oberste Aufgabe aller Regierungen - des Bundes sowie der Länder - dahin zu wirken, dass eine solche Schädigung vermieden wird. Vor allem hätte die Regierung den Staatsanwalt, der, wie mir scheint, denn doch nicht jene tieferen Erwägungen anstellt, die gerade heute bei jeder politischen Konfiskation in Oesterreich notwendig sind, anzuweisen, derartige Beschlagnahmen immer genau zu prüfen und unter Umständen sich eine Weisung seiner vorgesetzten Behörde einzuholen. Ich habe das schon einmal im Parlament bei einem solchen Anlass gesagt. Damals war ein anderer Justizminister im Amte, von dem ich erwarten konnte, dass er Erwägungen seriös-politischer Art zugänglich ist. Inwieweit dies heute der Fall ist, kann man natürlich schwer beurteilen, weil niemand bisher in Oesterreich Gelegenheit gehabt hat, den derzeitigen Justizminister und seine politischen Qualitäten kennenzulernen.

Weit über den Rahmen dessen hinaus, was eine logische Folge der tristen Lage der gesamten Weltwirtschaft ist, befinden wir uns in einem sehr traurigen Zustand. Wir haben in Wien und Umgebung, im angrenzenden Lande Steiermark, ein Industriegebiet von einer Kapazität, wie sie etwa einem 40 Millionenreich entspricht. Wien ist der Sitz von Finanzinstituten, die für ein 40 Millionenreich bestimmt waren, Wien ist der Sitz eines Handels, der für ein 40 Millionenreich bestimmt war. Wie können wir angesichts der Teilung des alten Wirtschaftsgebietes, der Absperrungen und der handelspolitischen Verhältnisse diese Kapazität ausnützen? Unsere Aufgabe ist es, soweit als möglich, die Schranken und Zollgrenzen zu durchbrechen, soweit als möglich zu erweisen, dass wir industriell und gewerblich leistungsfähig sind, uns ausserhalb Oesterreichs den Markt <sup>zu</sup> sichern und so auch unserer heimischen Industrie, un-



.....

serem Gewerbe und unserem Handel ein möglichst grosses Arbeitsgebiet zu sichern. Wir haben die Pflicht, nicht nur konsolidiert zu sein, sondern auch zu erscheinen, konsolidiert in unserer Wirtschaft und in unseren Finanzen. (Lebhafte Zwischenruf und Lärm bei den Christlichsozialen). Von diesem Standpunkt aus kann ich als Chef der Wiener Landesregierung nicht eindringlich und ernst genug davor warnen, dass wir etwa in diesem Herbst abermals in eine Lage kommen, in der wir uns schon im Vorjahre befunden haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Dr. Kolassa: Warnen Sie Ihre Parteigenossen!) Ich will das traurige Kapitel nicht noch einmal besprechen. (Andauernde Zwischenrufe und Lärm bei den Christlichsozialen. Rufe: Sagen Sie das Ihren Parteigenossen! Was ist mit dem 15. Juli?!) Aber im Vorjahr war eine Kapitalflucht zu verzeichnen, die nachweisbar einen Betrag erreicht hat, wie der ganze Erlös der Anleihe, die wir als einen so ungeheuren Glücksfall begrüsst haben. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei den Sozialdemokraten. - Abg. Zimmerl: Wer ist schuld daran? - Diesen Zwischenruf des Abgeordneten Zimmerl beantworten die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem stürmischen, wiederholten Zuruf: Sie! Sie! Sie! - Minutenlanges Lärm im ganzen Hause. - Die sozialdemokratischen Abgeordneten rufen dem Abgeordneten Zimmerl zu: Sie sollen schweigen! Sie sollen sich verkriechen! Sie Konjunkturpolitiker! - Stürmische Gegenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Kolassa: Ihr braucht eine gute Wahlparole! - Andere Christlichsoziale rufen: 15. Juli! 15. Juli! - Abg. Preyer: ruft unausgesetzt: Ihr Bolschewiken! Ihr habt einen Putsch machen wollen! Ihr Bolschewiken! - Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)

Landeshauptmann Seitz: Schon der eine Zwischenruf ist bezeichnend. Wenn man eine Partei, der in Wien fast zwei Drittel der Bevölkerung angehören, die das Land und die Stadt verwaltet, als Bolschewiken bezeichnet, so zeigt das ganz deutlich, welche Auffassung über Wien Sie im Auslande verbreiten wollen und diese Auffassung über Wien würde dann auf ganz Oesterreich bezogen werden. Man darf sich da nun nicht wundern, dass im Ausland wirklich solche Auffassungen über Oesterreich entstehen und dass dann Handel und Industrie dadurch in der schwersten Weise beeinträchtigt werden. (Andauernde

.....

Zwischenrufe) Wenn wir in diesem Herbst schon wieder hören, dass man Aufmärsche bewaffneter Formationen veranstalten will, wenn wir jetzt schon wieder junge Leute reden hören, dass sie ihren Gegnern mit Brachialgewalt entgegenzutreten werden, wenn wir jetzt wieder junge, gewissenlose Leute davon reden hören, dass der Bestand der Verfassung fraglich sei, wenn sich junge Leute erkönnen, der Verfassung zu trotzen, und wenn wir hören, dass an hervorragendster Stelle des Staates Sympathien mit solchen frechen Jungen bestehen, (stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) dann besteht allerdings die grösste Gefahr, dass wir abermals in die Lage kommen, in der wir im vorigen Jahr gewesen sind. Ich wäre fröh, wenn ich da unrecht hätte. Wenn jedes Jahr zwei, drei Monate lang durch derartige Wirrnisse geradezu der Bestand des Staates in Frage gestellt wird, und die Bonität seiner Wirtschaft, dann werden wir in eine Lage kommen, wie im vorigen Jahr. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Das ist die Angst und Sorge, die jedermann haben muss, der es mit dieser Stadt gut meint und es ist ein wahres Unglück, dass man verblendet von politischem Parteihunger (Lobhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. - Rufe: Nicht wir! Sie!), verblendet von einem Parteaustausch kein Verständnis für das wirtschaftliche Interesse unseres Gewerbes, unserer Industrie und unseres Handels haben (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. - Lebhaft andauernde Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Dr. Kolassa: Sie wollen von der Rettung des Gewerbebestandes sprechen. - Abg. Preyer: Erst haben Sie das Gewerbe zugrunde gerichtet! Schauen Sie die Arbeitslosen an. - Abg. Eisinger (Soz. dem.): Preyer, der Führer der Straffelloten-Partei! - Lebhaft Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Preyer zum Abg. Eisinger: Sie sind ein Verleumder! - Lebhaft Rufe bei den Sozialdemokraten: Straffella! Straffella! - Abg. Müller: (Chr. Soz.): Lassen Sie, Herr Breitner, uns nicht so beleidigen, dass man uns eine Straffelloten-Partei nennt!)

Landeshauptmann Seitz: Allen Wienern, die unbekümmert um ihre Parteistellung ein Interesse an der ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung haben, allen Wienern, die Industrie, Gewerbe und Handel unserer Stadt wiederum zu ihrem alten Glanz verhelfen wollen, müssen wir sagen; Rufen Sie die Störer energisch zur Ordnung! (Stürmischer Beifall). Was wir brauchen, ist Ruhe, ist die ruhige

.....  
Wirtschaft, was uns schadet, das ist der Lärm der Strasse, das sind die Aufzüge, das sind die Zeitungen mit den grossen Lettern, das sind die bramarbasierenden Reden einiger unverantwortlicher junger Leute, ob sie in dieser oder jener Stellung sind, Als der verantwortliche Vertreter dieser Stadt und der Landesregierung Wien bitte ich alle, alle, die es gut meinen: Ruft die Störer zur Ordnung! (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

In der Anfrage wird gesagt, es sei diese Konfiskation eine Schande, und ich glaube sogar gehört zu haben, ein Verbrechen. Ich werde solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Ich kann nur nach einem bekannten Muster sagen: Es ist mehr als eine Schande und mehr als ein Verbrechen, es ist ein Fehler. (Lobhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Regierung in solcher Zeit soll Fehler vermeiden und ich werde daher auch dem Wunsche der Interpellanten Rechnung tragend, die Regierung über diese Interpellation, über dieses Vorkommnis und über die daran gefügten Erörterungen im Landtag entsprechend informieren. Ich hoffe dabei Gelegenheit zu haben, die Interessen Wiens zu wahren. Nicht nur die Interessen Wiens, die Interessen Oesterreichs stehen auf dem Spiel. (Abg. Prinke: Wahlschlager brauchen wir!) Dann suchen Sie sich die Wahlschlager, aber lassen Sie die Stadt in Ruhe. (Lobhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir stehen vor der Abgabenteilung, und es wird sich wieder ergeben, dass achzig Prozent der Steuern, die an den Bund gezahlt werden müssen, von den Steuerträgern Wiens zu zahlen sind, dass also das wirtschaftliche Leben dieser Stadt die Basis ist für die Existenz der Republik, dass es manchem Lande in Oesterreich überhaupt möglich ist, von seinen Mitteln zu leben und dass sowohl die Gesamtverwaltung des Staates, als ein grosser Teil der Länder nicht ohne Ressourcen leben könnte, die von Wiens Steuerträgern geschöpft werden. Es gibt keinen Gegensatz der Länder zu Wien, es ist das grösste Interesse der Länder, dass das Wirtschaftsleben dieser Stadt gedeihe. Es wäre die Pflicht auch der Landesregierungen, draussen ihre jungen Leute zur Ordnung zu mahnen und ihnen zu sagen, dass der Kampf gegen Wien und sein Wirtschaftsleben vor allem ein Unglück für sie ist. Wir haben alle ein gemeinsames Interesse. Hoffen wir, dass es uns gelingt, über diese Wahlen hinwegzukommen, durch diese Wahlen in Politik und Wirtschaft reine zu machen und Oesterreich und seine Hauptstadt einem geordneten Leben zuzuführen. (Stürischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Abg. Zimmerl stellt zur formellen Geschäftsbehandlung fest, dass  
 121  
 gemäss § ~~fünft~~ der Verfassung der Präsident des Landtages in seiner Verhin-  
 derung durch den zweiten Präsidenten vertreten wird und dass dieselbe Be-  
 stimmung in der Geschäftsordnung enthalten ist. Er erinnert den Präsidenten  
 Dr. Danneberg daran, dass seine Partei bei Stilisierung der Verfassung diese  
 Formulierung verlangt habe, weil seine Partei im Gemeinderat die Erfahrung  
 habemachen müssen, dass der Vorsitzende der christlichsozialen Partei über-  
 gangen werde. Präsident Dr. Danneberg habe damals ausdrücklich erklärt, dass  
 das im Landtage nicht statthaben wird und er hat der von uns vorgeschlagenen  
 Stilisierung zugestimmt. Er konstatiere, dass er, der zweite Präsident des  
 selbst  
 Landtages im Saale anwesend gewesen sei als Präsident Dr. Danneberg den  
 den dritten Stellvertreter Hellmann mit der Stellvertretung im Vorsitz be-  
 traut habe. Dadurch sei die Verfassung verletzt und gebrochen worden. (Leb-  
 hafte Hört! Hörtrufe bei den Christlichsozialen. - Stürmische Zwischenrufe  
 bei den Christlichsozialen und Rufe! Wieder der Bolschewismus!) Es dauert  
 geraume Zeit, bis es dem Präsidenten Hellmann gelingt die Ruhe herzustellen,  
 worauf Präsident Dr. Danneberg erklärt, dass es vollkommen unrichtig sei,  
 was der Abg. Zimmerl hier behauptet hat. Der Präsident ist keineswegs ver-  
 pflichtet der Reihe nach seine Stellvertreter zum Vorsitz zu berufen, sondern  
 er kann das in einer beliebigen Reihenfolge tun. Das ist auch wiederholt  
 so geschehen, geschieht auch im Parlament immer so und ist keineswegs ein  
 Bruch der Geschäftsordnung (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Der grösste Teil der christlichsozialen Abgeordneten verlassen nun  
 ihre Plätze und gehen sich unter lauten Abzugrufen zur Estrade des Vor-  
 sitzenden. Abg. Prinke schlägt wiederholt mit der geballten Faust auf den Tisch  
 der Stenographen und ruft unausgesetzt: Solange Herr Hellmann hier prä-  
 sidiert, wird nicht verhandelt werden! Abg. Preyer: Sie sitzen widerrechtlich  
 oben! Abg. Rummelhardt Sie gehören nicht dorthin! Schliesslich rufen die Christ-  
 lichsozialen so laut, nach der Entfernung des Vorsitzenden, dass jedes Ver-  
 handeln unmöglich wird. Präsident Dr. Danneberg begibt sich nun auf die Tribüne  
 des Vorsitzenden und löst den Präsidenten Hellmann ab. Die Christlichsozialen  
 rufen: Jetzt kann wieder verhandelt werden!

Präsident Dr. Danneberg verwarft sich nochmals dagegen, dass durch  
 die Uebergabe des Vorsitzes an den dritten Präsidenten die Geschäftsordnung  
 verletzt worden sei.

Abg. Rummelhardt bemerkt, es sei wirklich beschämend, dass derlei  
 Szenen im Wiener Landtag vorkommen können. (Lebhafte Zustimmung und Rufe bei  
 der Mehrheit: Jawohl!) Es ist noch beschämender, dass derartige Szenen durch  
 688

das Präsidium selbst herbeigeführt werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit und Gegenrufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Angermayer ruft dem Präsidenten zu: Hören Sie den Herrn Eisinger nicht? Das gibt es doch nicht! "Lausbuben und Dreckbuben", hat er gesagt!)

Präsident Dr. Danneberg : Es ist in dem Lärm unmöglich, hier etwas zu verstehen. Ich werde mir das stenographische Protokoll vorlegen lassen. (Zwischenrufe des Abg. Eisinger.) Herr Abg. Eisinger, Sie haben nicht das Wort!

Abg. Rummelhardt : Es wäre doch an der Zeit, dass endlich auch Sie darauf sehen, dass die von Ihnen geschlossenen Vorschriften und vor allem die Geschäftsordnung eingehalten werden. Die Verfassung sagt ausdrücklich, im Falle der Verhinderung vertritt den Präsidenten der zweite, bzw. der nächste Präsident. (Präsident Zimmerl löst unter lebhaftem Beifall der Christlichsozialen den Präsidenten Dr. Danneberg im Vorsitz ab). Lächerlich ist es geradezu, wenn Sie diesen Geschäftsordnungsbruch durch eine Verdrehung entschuldigen wollen und dieses "beziehungweise" so auslegen, als wenn es in der freien Willkür des ersten Präsidenten gelegen wäre, welchen der anderen Präsidenten er mit seiner Stellvertretung betraut. Wir müssen darauf bestehen, dass die Verfassung genau eingehalten wird, denn wir sind Ihnen gegenüber die Schwächeren. Das ist nicht Eitelkeit, sondern eine Wahrung des verbrieften Rechtes, der kleinen Rechte, die Sie uns gelassen haben. Es ist wirklich unerhört, dass Sie in einer Sitzung gleich hintereinander mehrere Rechtsbrüche verüben. Der Landeshauptmann redet davon, dass Ordnung und Gesetzmässigkeit walten müssen. - Herr Landeshauptmann und Herr Präsident des Landtages, halten Sie in erster Linie die Ordnung ein! (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Es ist nicht so, dass vielleicht der Präsident zufällig nicht auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung gedacht hat. Einer Ihrer Herren hat es schon verraten: Sie haben es im Klub beschlossen, dem Kollegen Zimmerl jene Rechte zu rauben, die ihm als Landtagspräsidenten gebühren. Das zeigt so deutlich Ihre Auffassung von der Freiheit, von der Demokratie, von der Ordnung und vom Rechte.

Als ich mich gleich zu Beginn der Sitzung zur Geschäftsordnung zum Wort meldete, übersah das der Präsident hochmütig oder überhörte es - genug er hat mir das Wort nicht gegeben. Er meinte dann, dazu gibt es keine Worterteilung. Zur Geschäftsordnung und zur Wahrung der Geschäftsordnung gibt es immer das Wort! Aber Sie setzen sich sowie der Bürgermeister und Ihre ganze Partei über jedes Recht und über jede Ordnung hinweg. Wir müssen gegen dieses Vorgehen auf das entschiedenste protestieren. Protestieren müssen wir aber auch gegen die hinterhältige Art, mit der Sie uns heute in die Landtagssitzung

geloct haben. Es ist klar, dass Sie sich angesichts der kommenden Wahlen nur politisch ausgeben und vor allem den Artikel in der Arbeiter-Zeitung immunisieren wollten. Ein solches Vorgehen ist verächtlich. Das Strafrecht und das Pressewesen ist sowohl in Gesetzgebung wie in Vollziehung nach Artikel 10 der Bundesverfassung Sache des Bundes. Die Ueberprüfung der Geschäftsführung der Bundesregierung und ihrer Organe stët nach dem Artikel 52 der Bundesverfassung nur dem Nationalrat zu. Der Landtag ist also gar nicht zuständig und gar nicht berechtigt, in Verfügungen, die das Strafrecht und das Pressewesen betreffen, einzugreifen und es ist eine lächerliche <sup>Farce</sup> ~~Farce~~, dass Sie den Landeshauptmann in dieser Sache interpellieren. Dieses Vorgehen ist nicht nur ungesetzlich, sondern macht Sie vor der ganzen Deffentlichkeit lächerlich. Ich habe nur das Wort ergriffen, um die demagogische Art, mit der der Landeshauptmann diese inszenierte Interpellation beantwortet, entsprechend zu geisseln. In dem Artikel der Arbeiter-Zeitung werden eine Reihe von Pressestimmen aus dem Ausland zitiert. Diese Pressestimmen sind aus Zeitungen, die Sie inspirieren, und was dadrinnen steht, haben Ihre Leute schon vorher ins Ausland hinausgeschickt. Man kann dem Staatsanwalt nur dreimal Recht geben, dass er solche Sachen konfisziert, denn es muss endlich mit der Maxime ein Ende haben, dass die Arbeiter-Zeitung solange hetzt, bis irgendein Mordbube wieder zur Waffe greift und auf den Bundeskanzler schießt. (Zustimmung bei den Christlichsozialen). Es muss endlich aufhören, dass die Arbeiter-Zeitung weiter so hetzt, wie es vor dem 15. Juli geschehen ist. Es ist interessant, wenn der Bürgermeister erklärt, er fürchte die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kauginregierung. Wenn unser wirtschaftlicher Kredit nicht schon durch die Breitnersteuern zugrundegegangen ist haben wir wohl nichts zu fürchten. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit). Was ich Ihnen jetzt sage, sagt Ihnen jeder Greisäler! (Ironischer Beifall bei der Mehrheit). - Abg. Preyer: Machen Sie sich nicht über anständige Gewerbetreibende lustig! Von Seite eines Herrn der Mehrheit wurde auch der Ausdruck Strafellotenpartei gebraucht. Was Sie da meinen, weiss ich nicht. Abg. Stein: Da fragen Sie den Pawalatz! Sollte das vielleicht mit Ereignissen zusammenhängen, die wir in der letzten Gemeinderatssitzung besprechen mussten, wo es sich darum handelte, dass Mitglieder der Majorität Verbrechen und Vergehen begangen haben? (Abg. Stein: Hat jemand Häuser geschoben oder Steuern hinterzogen? Lesen Sie das Gerichtsprotokoll!) Die sozialdemokratische Partei hat sich schützend vor diese zwei Herren gestellt, als ihre Auslieferung verlangt wurde. Ein Magistratsbeamter, welcher ein schweres Verbrechen begangen hat, wurde trotz seiner Aburteilung von Ihnen noch mit einer höheren Pension belohnt.

Oder beziehen Sie sich vielleicht darauf, dass viele aus Ihrer Mitte die defraudiert haben, noch belohnt worden sind? (Rufe bei der Mehrheit: Ahrrer!) Lebhaftes Gegenrufe bei der Minderheit.) Es ist möglich, dass der Ausdruck Strafellotenpartei vielleicht auf diese Dinge Bezug hat. Auf uns hat das gar keine Wirkung. Wir haben mit der Bestellung des Generaldirektors der Bundesbahnen nichts zu tun. Aber das eine kann ich Ihnen sagen: dass Dr. Straffella sich jetzt bis zur Urteilsfällung in der zweiten Instanz beurlauben liess und diese Zeit ohne Bezüge zubringt, beweist, dass er ein anständiger Mensch ist. Viele von Ihnen hätten das nicht getan. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Da Präsident Zimmerl den Redner aufmerksam macht, dass seine Redezeit abgelaufen sei, schliesst er: Wir sind nicht gegen die Pressefreiheit, im Gegenteil, wir wollen die Pressefreiheit. Was wir aber verdammen, das ist die Pressefrechheit, die sich durch Lügen kundgibt. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

<sup>Abgeordneter</sup>  
Dr. Danneberg bemerkt gegenüber dem Vorwurf, des Abg. Rummelhardt, dass er ihm zu Beginn der Sitzung nicht zur Geschäftsordnung nicht das Wort erteilt habe, dass der Schriftführer der Seite des Abg. Rummelhardt ihm mitgeteilt habe, Abg. Rummelhardt wünsche das Wort zur Abstimmung, jedoch zu einem Zeitpunkt, wo diese Abstimmung und weitere Enunziationen des Vorsitzenden längst vorüber waren, weshalb es in diesem Augenblick eine Wortmeldung zur Abstimmung gar nicht mehr gegeben hat.

Weiter erklärte Abg. Rummelhardt, es sei diese Sitzung gewissermassen ein Ueberfall aus dem Hinterhalt und dies sei ein verächtliches Vorgehen. Demgegenüber kann ich nur erklären, <sup>sagt Präsident Dr. Danneberg</sup> dass es dem Präsidenten des Landtages selbstverständlich jederzeit frei steht, Sitzungen des Landtages einzuberufen, und wenn dem Abg. Rummelhardt die Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht besonders wichtig erscheint, so kann ich ihn nur aufmerksam machen, dass im übrigen nach unserer Verfassung und Geschäftsordnung ein Viertel der Abg. des Landtages das Recht hat, auf jeden Fall die Einberufung einer Landtagssitzung binnen wenigen Tagen zu verlangen, worauf, dann, <sup>aber</sup> auch ohne dass der Präsident eine bestimmte Tagesordnung festsetzt eine Sitzung abgehalten werden muss. Wenn aber Abg. Rummelhardt dagegen besondere Bedenken hat, dass diese Landtagssitzung im Wege dringlicher Anfragen dazu benützt worden ist, um kanfisierte Zeitungsartikel zu immunisieren und er förmlich seinen Abscheu darüber Ausdruck gegeben hat, so kann ich darauf nur sagen, dass wenn das Regiem der Unterdrückung der Meinungsfreiheit in

in der Presse weiter fortgesetzt wird, ich als Präsident des Wiener Landtages gedenke, in jedem einzelnen solchen Falle den Landtag einzuberufen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit); um der Bundesregierung auf diesem Wege zu zeigen, dass es ihr nicht gelingen wird, die Meinungsfreiheit der Wiener Presse zu unterdrücken. Dabei ist es mir ganz gleichgültig, um welche Zeitungen es sich handelt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ich werde immer im Laufe dieser Wochen, in denen wir kein Parlament haben, wenn ein Abgeordneter des Landtages -- mag er von welcher Seite immer sein -- sich wegen einer solchen Angelegenheit an mich wenden wird, nicht anstehen, den Landtag aus diesem Anlass einzuberufen. (Lebhafte Bravorufe bei der Mehrheit.)

Es ist auch ein Irrtum zu sagen, dass der Landtag hier seine Kompetenz überschreitet. Zunächst kann es eine Kompetenzüberschreitung überhaupt nur in Beschlüssen geben, aber keineswegs in Erörterungen. Der Landtag ist eine politische Körperschaft und hat selbstverständlich das Recht, über alle Angelegenheiten zu reden, über die ~~er~~ er reden will, wenn sie zudem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand gehören. Der Abg. Rummelhardt verwechselt hier das Recht der Erörterung mit dem Recht der Gesetzgebung. Im Artikel 10 der Bundesverfassung steht, dass das Strafrechtswesen eine Sache des Bundes ist. Das heißt, es ist Sache des Bundes in der Gesetzgebung, aber eine Kritik an der Verwaltung steht jeder politischen Körperschaft zu, das ist ganz selbstverständlich. Dass ein Abgeordneter darüber Zweifel hegt, ist eigentlich sonderbar und ich hätte nicht erwartet, dass Herren der christlichsozialen Partei <sup>von</sup> in Wien dem Wiener Landtag das Recht absprechen wollen, allgemeine politische Erörterungen zu pflegen.

Abg. Rummelhardt hat erörtert, ob der in einem Zwischenruf von unserer Seite gefallene Ausdruck „Strafellenpartei“ eine Beleidigung sei oder nicht. In eine solche Erörterung will ich mich gar nicht einlassen, sondern nur feststellen, dass deutlich und vernehmbar der Abg. Müller diesen Ausdruck als eine Beleidigung <sup>bezeichnet</sup> gefunden hat. (Rufe: Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich will niemanden beleidigen und daher den Ausdruck nicht irgendwie wiederholen. Es ist aber politisch interessant, dass sich diese Tatsache hier ergeben hat. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. -- Ruf bei den Christlichsozialen: Das ist wieder ein Dreh!)

Es ist in den dringlichen Anfragen von der Knebelung der Meinungsfreiheit die Rede gewesen, die man durch eine Unterdrückung der Pressefreiheit herbeizuführen versucht. Es scheint mir, dass, wenn der Landtag heute <sup>692</sup> versammelt ist, er diese Frage doch auch von einem allgemeineren Gesicht-



punkt betrachten muss, denn ich glaube nicht, dass diese Konfiskationen eine Fleissaufgabe des Bressostaatsanwaltes sind, die er ganz aus eigenem unternimmt. Ein Staatsanwalt ist ja kein unabhängiger Richter, der keine Aufträge entgegenzunehmen hätte, sondern ein Beamter, der jederzeit Aufträge von seinen Vorgesetzten bekommen kann, und es erscheint mir wenigstens keineswegs als ein Zufall, dass solche Konfiskationen nun ununterbrochen aufeinander folgen. Diese Konfiskationen sind, wie mir scheint, eine Teilerscheinung jenes ganzen Systems (Rufe bei der Mehrheit: Sehr richtig!), das in dieser gegenwärtigen Regierung verkörpert ist. Ueber diese allgemeine Seite der Angelegenheit muss heute ein Wort gesagt werden. Es ist gerade etwa ein Jahr her, dass man in ausländischen Zeitungen über Geheimverträge und geheime Pläne, die zwischen der österreichischen Heimwehr und der österreichischen Wehrmacht <sup>in militärischen Kooperieren</sup>, im Falle eines Bürgerkriegs vereinbart worden sind. Was über solche Dokumente in ausländischen Zeitungen damals zu lesen war, ist meines Erinnerns von offizieller Stelle in Oesterreich mit keinem Wort abgeleugnet oder dementiert worden. Aber solcher Geheimdokumente zur Erörterung wichtiger Tatsachen bedarf es in diesem Augenblick gar nicht mehr, denn die gegenwärtige Regierung ist ja in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine Allianz zwischen dem Faschismus und der Exekutivgewalt des Staates. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) <sup>Dabei haben</sup> <sup>heute</sup> eine Regierung vor uns, die in Wirklichkeit die Macht usurpiert hat. Denn diese Regierung vertritt nicht, wie es in einem demokratischen Staat notwendig ist, die Mehrheit der Bevölkerung. Die Regierung ist mit einem Verfassungsbruch ins Leben getreten, denn in der Bundesverfassung steht klar und deutlich, dass die Regierung die Pflicht hat, sich nach ihrer Ernennung binnen 8 Tagen dem Nationalrat vorzustellen. Hatte die Regierung das getan, sie hätte dort in der ersten Stunde gesehen, dass sie keine Mehrheit hat, dass ~~ihre~~ ihr dort das Misstrauensvotum erteilt worden wäre und dass sie damit nach der Verfassung die Verpflichtung gehabt hätte, abzutreten. (Rufe bei der Mehrheit: So ist es!) Sie hat sich diesem Misstrauensvotum entzogen, sie hat die Macht usurpiert und das Parlament einfach aufgelöst, ohne ihm Gelegenheit zu geben, zunächst über die Regierung das Urteil zu sprechen, und sie ist der Meinung, dass sie diese acht parlamentslosen Wochen dazu benutzen kann, um nun nach ihrer Herzenslust zu regieren, obwohl sie nur eine Minderheit ist, die sich die Regierung anmasset. Man hat diesmal die Regierungsposten in einer Art besetzt, die man nicht anders als die grösste Frivolität bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Spezialdemokraten.) Man hat das Innere, die eigentliche Verwaltung des Staates die Exekutivgewalt <sup>in</sup>

uns am Samstag am Heldenplatz erklärt hat, er werde uns schon was anschauen lassen, man werde ihn schon kennen lernen. Wir warten darauf. Der Herr Starhemberg sieht sich gern im Mittelpunkt der Ereignisse und es gibt viele, die ihn in der Himmel heben, weil ein Ahnherr seines Geschlechts im Jahre 1683 sich Verdienste um die Befreiung Wiens aus der Türkerbelagerung erworben hat. Mir kommt es sonderbar vor, dass man einen Menschen im Jahre 1930 darnach beurteilen will, ob vor einem Vierteljahrtausend ein Ahnherr von ihnen irgendeine Ruhmestat begangen hat. (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir glauben, dass man die Menschen nicht nach ihren Urgrossvätern, sondern darnach beurteilen soll, was sie selbst sind und selbst leisten. Das gilt auch für den Herrn Starhemberg. Sein Vorgänger in der Bundesführung der Heimwehren, der Herr Steidle, hat neulich gesagt, auch die Heimwehr habe ihre Flögeljahre. Die Jahre sind vergangen, aber das andere ist geblieben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben den Herrn Starhemberg nicht anders kennen gelernt als durch seine Schimpfkanonaden, die er von Zeit zu Zeit losgelassen hat. Er hat vor einem Jahr in Wien seine Premiere gegeben in einer Versammlung in Hütteldorf, wo er nach der Starhembergspresse wörtlich gesagt hat, dass wir in Oesterreich nicht regiert werden wollen von eingewanderten verwanzten und verlausten Falotten. Ich kann mich nicht genau erinnern, ob damals noch die Regierung Streckerwitz-Vaugoin oder schon die Regierung Schober-Vaugoin im Amte war, ich weiss also nicht, wer mit diesen Bezeichnungen des Herrn Starhemberg damals gemeint war. (Lebhaft Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Mich interessiert das nur wegen des Tones, in dem der Mann seine Reden zu halten pflegt, und die mir das ganze Jahr gezeigt haben, dass der Herr, von dem jetzt soviel Aufhebens gemacht wird, für einen Kampf mit geistigen Waffen nicht satisfaktionsfähig ist. (Lobhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Nach dieser einen Kostprobe darf es einem nicht wundern, wenn der Mann uns Sozialdemokraten auch als Verbrecher bezeichnet. (Lebhaft Rufe bei den Christlichsozialen: Das gehört nicht hierher!). Wir führen hier eine politische Debatte über die Regierung, in die eine Erörterung der heutigen Regierung mindest ebenso gehört wie Ihre Erörterungen über den 15. Juli 1927. (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie werden hier unsere Politik nicht mundtot machen. Die Regierung konfisziert die Zeitungen wegen jeden Wortes und Sie glauben, dass Sie hier die Kritik unterbinden werden. Das ist ein Irrtum. Da wird dieser Landtag jeden Tag zusammentreten (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), damit die notwendige Kritik der Regierung geliefert

werden kann. Dieser Herr Starhemberg hat wiederholt auch gesagt, er werde den „roten Dreckfetzen“ vom Wiener Rathaus herunterholen. Ein Mann, der sich ein Jahr lang in solchen Redensarten ergangen hat, ist also würdig befunden worden von den Herren Vaugoin und Seipel, Minister des Inneren in Oesterreich zu werden. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten! Schande! Pfui!) Das erinnert an eine Episode, die sich in der Vorkriegszeit an der Wiener Universität abgespielt hat. Ein junger Aristokrat stand zur Staatsprüfung vor dem Professor Bernatzik über Staatsrecht. Er hat nichts gekonnt; Bernatzik hat ihn in seiner Art angeschaut und gesagt: Wissen Sie, Herr Graf; Dass Sie einmal in Oesterreich Statthalter werden, das kann ich nicht verhindern, aber verzögern kann ich es und darum werde ich Sie durchfallen lassen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Für einen Ministerposten gibt es gar keine Intelligenzprüfung und keinen Befähigungsnachweis. Zum Statthalter hat man das im alten Oesterreich noch gebraucht, aber Minister kann jeder werden. Und wie der Herr Starhemberg, den sein eigener Onkel vor aller Öffentlichkeit im Neuen Wiener Journal als einen unreifen Jungen bezeichnet hat, Minister des Inneren geworden ist, ist an sich schon sehr interessant. Der Herr Starhemberg, ein reicher Mann mit 13 Schlössern und einem ungeheuren Grundbesitz, hat es für gut befunden, sich eine Privatarmee aufzustellen, sich dafür die notwendigen Waffen zu kaufen; er ist dabei einmal ertappt worden, aber kein Staatsanwalt schreitet dabei ein; der Herr Starhemberg hat mit den Geldern, die er auch mit Wechseln bei der Rothschild-Bank aufgenommen hat (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten), seine Stellung bei der Heimwehr befestigt und ist schliesslich zum Angriff übergegangen, um gestützt auf die Opfer, die er für diese Bewegung gebracht hat, die Bundesführung der Heimwehr an sich zu bringen und als Bundesführer Minister zu werden. Man sieht also, wie man selbst in der österreichischen Republik heute noch Minister werden kann. Ein Minister hat das steht im Artikel 18 der Verfassung - die Verwaltung nur auf Grund der Gesetze zu führen. Der Herr Starhemberg pflicht auf das Gesetz, er hat sich auch als Minister auf den Körneuburger Faschisteneid berufen und hat, kaum, dass er Minister war, als Bundesführer eine Kundgebung unterzeichnet, in der er den nackten Verfassungsbruch angekündigt hat, indem er erklärte, man werde auch nicht weichen, wenn eine rote Mehrheit komme. Der Herr Starhemberg hat ein paar Stunden später in einer zweiten Aussendung erklärt, dass nur Leute, die das mit Voreingenommenheit lesen, erklären können, er habe gesagt, dass er das Wahlergebnis nicht anerkennen werde. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Starhemberg irrt. Dieses Behaupten und Dementieren an einem Tag, das auch ein Kennzeichen dieser neuen Regierung ist, ist eine Methode, die nicht verfährt. Schließlich haben die meisten Menschen ihre Schulzeit dazu benützt, um deutsch lesen zu lernen, und alle wissen die einfachen Sätze, wie sie in den Heimwehrproklamationen enthalten sind, so zu lesen, wie sie dort stehen. Mit einem solchen Dementi wird man niemanden irre machen. Der Herr Starhemberg, der die Verfassung zu hüten und die Verwaltung auf Grund der Gesetze zu führen hat, hat jüngst sogar zu Mord und Totschlag aufgefordert. (Stürmische anhaltende Pfuihufe bei den Sozialdemokraten.) Es gibt Zeitungen, die sich offenbar geschämt haben, das abzudrucken. Dazu gehört auch die „Reichspost“. Der Herr Vaugoin ist heute gleich wieder ausgerückt, um das zu dementieren; er hat einer ungarischen Zeitung, deren Namen man noch nie gehört hat, die Mitteilung gemacht, dass diese Äusserung des Herrn Starhemberg unrichtig sei. Warum hat Herr Starhemberg das nicht selbst dementiert, wenn es nicht wahr ist? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er rechnet offenbar damit, dass der Staatsanwalt seinem Gauführer untersteht und gegen ihn nicht einschreiten wird. Auf dieses Niveau ist Oesterreich bei den Methoden der heutigen Regierung gekommen. Es ist in der Bevölkerung vielfach die Frage aufgeworfen worden, was man gegen eine solche Art tun soll. Darauf kann sich nur das eine sagen: Der Herr Starhemberg ist nicht einmal wert, dem Herrn Stadtrat Breitner die Schuhriemen zu lösen. (Tosender anhaltender Beifall und Händeklatschen und stürmische minutenlange Rufe: Hoch Breitner!)

Hierauf unterbricht Dr. Danneberg seine Rede, da die Redezeit abgelaufen ist.

Abg. Rummelhardt bemerkt, Abg. Dr. Danneberg habe nach einer Rede von 20 Minuten endlich ein Thema gefunden, zu dem ihn die Mehrheit Beifall geklatscht habe. Der Vergleich, den er da angestellt hat zwischen Breitner und Starhemberg, ist ein bisschen magisch. Zwei so ganz unvergleichbare Dinge lassen sich nicht vergleichen. Man kann da nur sagen, von den Ahnen des Herrn Starhemberg hat das Volk etwas gelernt, ~~den~~ Breitner haben leider nur die Zeitgenossen Gelegenheit etwas zu hören, und das ist sehr unangenehm. Lassen Sie also den Vergleich zwischen Starhemberg und Breitner! Ueberhaupt fürchten Sie sich nicht so viel vor dem Starhemberg! (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen). Wenn Dr. Danneberg gemeint hat, er werde so oft etwas in der Zeitung konfisziert wird, eine Landtagssitzung einberufen und die Artikel so immunisieren, so ist das eine ständige Revolution

gegen die Gerichte. Das ist eine so verfassungswidrige Handlung, dass sie weiter gar keiner Kritik bedarf. Aber Sie können jedesmal den Landtag einberufen, wir werden uns jedesmal stellen und werden Ihnen jedesmal die richtigen Argumente geben. Dr. Danneberg hat auch den Schnitzer gemacht, zu erklären, nur die Gesetzgebung über das Strafrechts- und Pressewesen sei Bundessache. Nach Artikel 10, Zahl 6, ist sowohl in Gesetzgebung wie in Vollziehung das Strafrechts- und Pressewesen Sache des Bundes. Wenn Sie die Vollziehung tadeln wollen, müssen Sie daher in den Nationalrat oder in den Ständigen Ausschuss des Nationalrates gehen. Im Landtag hat das gar nichts zu tun. Ihr heutiges Vorgehen hat nur den Zweck, sich eine Plattform zu schaffen, um agitatorisch in der unerhörtesten Weise vorgehen zu können. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Dr. Danneberg bemerkt zunächst gegenüber dem Abg. Rummelhardt, dass seine Partei weder die Gesetzgebung noch die Vollziehung in Angelegenheiten des Strafrechtes für den Landtag in Anspruch genommen habe. Was wir in Anspruch nehmen und was von jedem Landtag noch in Anspruch genommen worden ist, ist die Kritik, gerade so wie im Parlament auch Landessache, ständig kritisiert werden.

In Fortsetzung seiner früher unterbrochenen Rede führt Dr. Danneberg dann aus: Wenn sich der Herr Starhemberg in die Reihe der Breitnerbekämpfer ganz nach Vorne stellt, so können wir uns etwas Besseres gar nicht wünschen. Das ist der richtige Wortführer im Kampf gegen das Breitnersystem, der Mann mit den 13 Schlössern, dessen Grundbesitz so gross ist, wie die ersten 11 Wiener Bezirke <sup>zusammen-</sup> ~~genommen~~. (Lebhafte Hörtruufe bei den Sozialdemokraten. - Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Das ist der richtige Mann, der an die Spitze der Kämpfer gegen Breitner gehört. Und es ist das auch gar kein Wunder, die Herren von den alten Raubritterburgen und die Herren <sup>von</sup> Jockey-Club vertragen es natürlich nicht, dass die Partei der Arbeiter und Angestellten, die die Mehrheit in dieser Stadt haben, kraft des demokratischen Rechtes die Verwaltung in der Stadt in Anspruch genommen haben und führen. Natürlich möchten die Herren die alte Zeit wieder herbeiführen, wo der Arbeiter für seine armselige Wohnung 30 Kronen Monatszins bezahlen musste, darunter 12 Kronen an Steuern, nur damit die Grafen und Barone möglichst keine Steuern zahlen sollen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Dass der dreizehnschlössrige Herr Starhemberg an der Spitze der Bekämpfer der Breitnersteuern steht, ist also verständlich. Die Leute, die im Reichtum ersticken, haben kein Verständnis für die soziale Verwaltung, die

die Gemeinde Wien im Interesse der Kinder, der Alten, der Kranken führen muss. Solche Leute interessieren sich mehr dafür, wie hoch der Champagner besteuert ist (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), die Frau Baronin X für 6 Hausgehilfinnen eine Steuer zahlen muss. Nicht die Interessen der Massen liegen diesen Leuten am Herzen, sondern die Interessen von ihresgleichen (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). So ein Aristokratengehirn glaubt, die soziale Frage gelöst zu haben, wenn er sein Ministergehalt für eine Spende hergibt. Ich glaube nicht, dass der Ministergehalt in Oesterreich zu hoch ist, aber die Tätigkeit des Herrn Starhemberg ist keine 2400 Schilling im Monat wert (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und schon gar nicht, wenn man am 30. eines Monats um 7 Uhr abends Minister wird und für das Nachtmahlessen 2400 Schilling Gehalt bekommt (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Da billige ich es, dass der Herr Starhemberg das Geld hergegeben hat, und es war eine Ohrfeige ins Gesicht der anderen, die er offenbar hat geben wollen. Alle diese Dinge sind aber viel weniger interessant, als die politische Seite des Falles Starhemberg und das geht die ganze Regierung an. Der Bundeskanzler hat sich angewöhnt alle Tage zu dementieren, was <sup>man</sup> ein Innenminister geredet hat. Aber glaubt man, dass dieses fortgesetzte Dementieren bei irgendjemand Glauben findet? Wir als Wiener Volksvertretung haben ein grosses Interesse daran, die Regierung zu fragen, warum <sup>Alle</sup> durch Ihr Vorgehen das Interesse Oesterreichs und damit auch das Interesse Wiens vor aller Welt so schädigt, indem sie durch solche Ministerreden, durch eine solche Methode des Regierens unausgesetzt Beunruhigung erzeugt. Käme es nur auf ihm selbst an, wir brauchten dazu keine Landtagssitzung, um das zu sagen, und wir brauchten uns nicht an die Regierung zu wenden. Man wird noch in einer Zeit von den stolzen Zeugnissen der Aera Breitner reden und diese Zeugnisse sehen, wo kein Hahn mehr nach dem Herrn Starhemberg krähen wird (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Darum geht es heute nicht. Die Wiener werden sich noch zu wehren wissen gegen die Türkisierung und Balkanisierung, die ihnen diese Starhemberge zuteil werden lassen wollen. Darum allein handelt es sich aber nicht. Der Landeshauptmann hat schon darauf verwiesen, wie die Stimmung, die eine solche Regierung erzeugt, in wirtschaftliche Panik umzuschlagen droht, und wie ein Staat <sup>wie</sup> Oesterreich mit seinem vielfältigen Beziehungen zum Ausland auf diese Dinge Rücksicht nehmen muss. Der Bundeskanzler hat erst gestern einen Vertreter der Agence Havas erklärt, dass die Regierung strenge auf Ruhe und Ordnung achten wird. Das war an demselben Tag, an dem Herr Starhemberg seine Morddrohung ausgesprochen hat.

(Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten) Daraus sieht man, wie diese Regierung in Wirklichkeit ausschaut. Wenn Herr Vaugoin wirklich auf Ruhe und Ordnung sehen will, müsste er zu allererst seinen Innenminister einsperren lassen. Aber wir wissen, dass die Worte des Herrn Vaugoin zur Täuschung der Öffentlichkeit gesprochen sind. Herr Vaugoin hat gestern auch dem Vertreter der "Agence Havas" erklärt, Oesterreich verfolge kein anderes Ziel, als seinen inneren Wiederaufbau friedlich und erfolgreich zu beenden. Das

sagt er an demselben Tag, wo Herr Starhemberg erklärt hat, diese Wahlen seien nur ein notwendiges Übel, das man mitnehmen müsse. Kein Wunder, dass diese Regierung des Faschismus das Vertrauen irgendjemand zu finden vermag. Und sie wird sich dieses Vertrauen nicht erworben, indem sie die Pressfreiheit knebelt und die freie Meinungsäußerung unterdrückt. Wir wissen schon, die Heimwehrführer kargen in ihrer Ruhmredigkeit nicht mit den Worten und man hört, wenn man feine Ohren hat, aus den Kreisen der Heimwehrführer, welche Verhandlungen dem Eintritt der Heimwehr in die Regierung vorausgegangen sind, wie man den Leuten versprochen hat, man werde in ein paar Wochen bis zur Wahl kräftig zugreifen, wie man ihnen erklärt hat, auf eine Verfassungswidrigkeit mehr oder weniger wird es in der Aufregung des Wahlkampfes nicht ankommen (Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Man hat es verstanden, dass man dort nicht nur erwägt, wie man Zeitungen knebelt, dass man erwägt, Abgeordnete verhaften zu lassen (Lebhafter Hörtrufe bei den Sozialdemokraten) alles mundtot zu machen, weil man glaubt, damit die öffentliche Meinung pressen und drehen zu können, wie man es im Interesse der Regierung für notwendig hält. Aber das ist ein sehr grosser Irrtum. Der Herr Vaugoin glaubt, mit seinen Methoden den Herrn Starhemberg eingefangen zu haben und der Herr Starhemberg glaubt, dass er den Herrn Vaugoin eingefangen hat. In Wirklichkeit werden sie Gefangene, der eine des anderen. Man könnte darüber politisch lachen, wenn es nicht so traurig wäre für diese Republik, die wirklich den Wiederaufbau notwendig hat und nicht das, was diese Regierung redet und tut. Diese Regierung kann nicht anders gekennzeichnet werden als eine Regierung der Leichtfertigkeit, als eine Regierung des Verfassungsbruches, die ein Unglück ist für diese Republik und für Wien, aber nicht für lange. Am 9. November wird das Volk von Oesterreich verstehen, sich von dieser Regierung zu befreien (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten)

Abg. Dr. Danneberg verliest sodann unter dem stürmischen Beifall der Sozialdemokraten und unter lebhaften Zwischenrufen und Rufen: Das gehört doch nicht in den Landtag! die folgende Resolution: *(Der Herr Landeshauptmann)*

"Der Wiener Landtag als die berufene Vertretung der Wiener Bevölkerung richtet an die Bundesregierung die eindringliche Mahnung, die öffentliche Meinung nicht zu beunruhigen und die traurige Wirtschaftslage nicht noch weiter zu verschlechtern. Die Verletzung der Pressfreiheit, das Spiel mit Verfassungswidrigkeiten, die Drohreden der Minister müssen eine Stimmung erzeugen, aus der eine gefährliche wirtschaftliche Panik zu entstehen vermag. Der Landtag erhebt feierlichen Protest gegen ein Regime, das es auf Vergewaltigung des Volkswillens und auf die Vernichtung der Freiheitsrechte abgesehen hat, und fordert den Landeshauptmann auf, alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um die Verfassungsmässige und gesetzliche Ordnung zu schützen. In diesem Sinne nimmt der Landtag die Antwort des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis."

Abg. Gschladt (E.L.) bezeichnet die dringliche Anfrage als eine Herabwürdigung des Landtages auf das Niveau einer Wählerversammlung. Es ist bezeichnend, dass der Präsident dieses Hauses selbst dieses Niveau derart herabdrückt. Es wurde hier von der Mehrheit eine politische Farce aufgeführt, wie man sie vergeblich in der Geschichte des Parlamentarismus der ganzen Welt sucht. Der Herr Landeshauptmann hat hier für Ruhe und Ordnung im Staat gesprochen. Auch das ist eine Farce, wie wir sie noch nie gesehen haben. So reden dieselben Sozialdemokraten, die alle Freiheit der Arbeiter und Angestellten unterdrücken (Beifall bei der Minderheit), die die ganze Wirtschaft ruinieren und durch ihre Steuerpolitik und Korruption der öffentlichen Verwaltung den Kredit der Stadt in Frage stellen. Viel gefährlicher als die angebliche Gefährdung der Freiheit der Presse, für die auch wir eintreten, ist das, was Sie machen. Ich zitiere aus der gestrigen Arbeiter-Zeitung die Rede Dr. Friedrich Adlers auf der Vertrauensmännerversammlung, in der Adler sagte, dass er keine Gelegenheit vorübergehen lasse, um im Ausland über Oesterreich die Wahrheit zu sagen. Das heißt, die Wahrheit, wie er sie versteht. Das ist die Unverschämtheit eines Friedrich Adler, dass er hinausgeht, um im Ausland uns herabzusetzen. Sie regen sich auf, und machen in sittlicher Empörung über die angeblichen Drohungen eines Ministers. Aber was ist das gegen die Beschlüsse Ihres Linzer Parteitages (Landeshauptmann: Das haben Sie nie verstanden!). Haben Sie, Herr Landeshauptmann, den Mut, sich zu dem Linzer Programm zu bekennen? (Landeshauptmann: Zu jedem Wort, aber Sie haben es nie verstanden! Ein Dr. jur. sollte es verstehen. Wenn so der Herr Preyer spricht, wäre es verständlich!) - Abg. Dr. Danneberg: Wir werden Ihnen darüber ein Privatissimum geben!)

Redner bezeichnet es als eine durchsichtige Demagogie, dass der Landeshauptmann sich als Wahrer von Ruhe und Ordnung ausgegeben hat. Wir wissen, dass Sie Ihren Antrag annehmen werden und wir haben alle Ursache, den Missbrauch des Landtages in dieser Form auf das schärfste zu verurteilen und dagegen im Namen aller, die auf der Seite des Rechtes sind, entschiedenst zu protestieren. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).



Abg. Haider (E.L.) protestiert gegen den Inhalt der dringlichen Abfrage, da sie der Würde und dem Ansehen des Landtages abträglich sei. Wenn man selbst keine akademische Bildung besitze, so müsse man sich auf das tiefste über dieses Konzept schämen. Es ist anzunehmen, dass der Verfasser sich akademischer Bildung erfreut, so dass der Ton der Anfrage umso mehr zu verdammen ist. Es wird in der Anfrage von Affenkomödie und davon gesprochen, dass die Minister nicht den Mund aufmachen können, ohne zu schimpfen, und es heisst, dass der Hüter des Rechtes sich nicht entblöde, solche Konfiskationen vorzunehmen. Ich bin überzeugt, dass es auch in Ihren Reihen Viele gibt, die diesen Ton verurteilen. Es ist auch interessant, dass Sie sich des "Abend" und der "Allgemeinen Zeitung" annehmen. Es ist der Landeshauptmann selber gewesen, der hier so gesprochen hat, als wäre er in einer Wählerversammlung. Er hat uns auch für so dumm gehalten, dass wir glauben sollen, die Sozialdemokraten nehmen sich der Gewerbetreibenden an. Niemand anderer als Dr. Adler hat einmal erklärt, dass nur über die Leichen des Gewerbestandes der Weg zum Sozialismus führe. Hier aber haben Sie sich als die Freunde des Gewerbestandes. Kein Mensch denkt in Wahrheit an einen Putsch oder an einen Staatsstreich. Aber es klingt paradox, dass Sie von Putsch sprechen, die doch klar und deutlich auf dem Linzer Parteitag sich zur Diktatur bekannt haben. Wenn Sie von der Heimwehr das Gruseln bekommen haben, so entspringt dies den Geistern, die Sie gerufen haben. Es war der Schutzbund, der viele Jahre die Strasse beherrscht hat. Da war alles in Ihren Augen in bester Ordnung. Jetzt, wo auch die Heimwehr da ist, haben Sie Angst und Sorge. Sie haben sich auch nicht gescheut, das Wort Strafelloten zu gebrauchen. Man kann über Strafella denken, wie man will. Aber Sie sollen doch nicht von Strafella reden, da Sie den Herrn Mader mit 800 Schilling Monatspension für die Wahlschwindeleien belohnt haben. Es ist auch unwürdig, hier gegen Starhemberg Stellung zu nehmen, da er nicht Gelegenheit hat, sich zu verteidigen. Das war notwendig, Ihnen einmal zu sagen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Präsident Hellmann erteilt dem Abgeordneten Eisinger und Huber den Ordnungsruf, da sie während der Rede des Abg. Rummelhardt beleidigende Zwischenrufe gemacht hatten. Hierauf wird <sup>der Resolutionsantrag Starhemberg</sup> mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Schluss der Sitzung 20 Uhr.